

**R1**

mehrheitlich beschlossen

## Juso-Resolution zu Religionsfreiheit

### 1. Einleitung

Wir Jusos wollen eine Gesellschaft, die aus mündigen und emanzipierten Menschen besteht. Denn nur eine kritisch denkende Gesellschaft, die gegebene Zustände hinterfragt und kritisch reflektiert, kann sich aus ihrer Unmündigkeit befreien. Dabei orientieren wir uns an den Grundwerten unserer Mutterpartei: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Es gibt viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in denen Mensch weder die Vorzüge einer Freiheit, noch einer Gerechtigkeit genießen kann. Dem Bereich Religion stand man aus dem Kern linker Politik unter dem Motto „Opium für's Volk“ (Karl Marx) oft abweisend gegenüber. Mit der Argumentation, dass Religion bereits eine spirituelle Antwort auf soziale und gesellschaftliche Fragen habe und die Lösung dabei vermehrt im Jenseits gefunden zu haben scheint, sei sie ein Hindernis, um soziale pragmatische Missstände im Diesseits grundlegend zu ändern.

Wir wollen jedoch mit diesem Antrag keinen Glauben verurteilen oder gar verbieten. Der Glaube eines Menschen ist eine persönliche und private Angelegenheit. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass sich Menschen durch Bildung und gesteigerter gesellschaftlicher Partizipation selbst einer „faustgroben Antwort“ (Nietzsche) entledigen werden und selbstständig ökonomische und gesellschaftliche Unterdrückungsmethoden kritisch hinterfragen und Möglichkeiten zu sozialen Veränderungen entwickeln werden.

Um Freiheit und Gerechtigkeit, aber auch die Möglichkeit der selbstständigen kritischen Reflexion zu gewährleisten, sollte ein säkularer Staat den Bürgerinnen und Bürgern keine Religion aufzwingen und ebenfalls keine Religionsgemeinschaft privilegiert anderen Religionsgemeinschaften vorziehen. Es gibt aktuell mehrere Fallbeispiele, in denen eine Reli-

gionsfreiheit nicht gegeben ist. In Folge skizzieren wir Beispiele, die einer Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität hinderlich sind.

## **2. Taufe von Kindern**

Wir hinterfragen kritisch das Prinzip der Taufe von Kindern. Kaum etwas ist so persönlich und individuell wie der Glaube. Wir finden es daher paradox, wenn Eltern und Kirchengemeinden über einen Menschen hinweg entscheiden, was dieser glauben soll. Es wird nicht nur über einen Menschen hinweg über dessen Glaube bestimmt, durch die Taufe treten Menschen auch in eine Glaubensgemeinschaft ein und erhalten so in der Gesellschaft Privilegien oder Nachteile. Sie können demnach nicht als Menschen selbst entscheiden. Abhängig sind Herkunft und Fremdbestimmung. Während Menschen gegen ihren Willen, oder bevor sie einen Willen entwickeln können, in eine Religionsgemeinschaft entsendet werden, ist der Austritt aus solcher umso schwerer. Je nach Kommune werden unterschiedliche Gebühren bei einem Austritt verlangt und das für eine Mitgliedschaft, der man selbst nie zugestimmt hat. Wir sehen darin einen Verstoß gegen Freiheit, Selbstbestimmung und Mündigkeit. Wir sehen diesen historisch gewachsenen Prozess als nicht mehr zeitgemäß an und wollen einen Gedankenanstoß für die Freiheit und Selbstbestimmung anregen:

Menschen sollten sich selbstständig bilden und ab dem 14. Lebensjahr für sich entscheiden ob sie einer Religionsgemeinschaft angehören wollen und welcher.

## **3. Kirchensteuer**

Die Kirchensteuer ist in vielerlei Hinsicht ungerecht. Sie wird von den Finanzämtern der Länder eingezogen, die dafür eine Aufwandsentschädigung erhalten. Bemessungsgrundlagen für die Kirchensteuern sind die Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer und die Grundsteuer A. Jedoch erhalten nur christliche Glaubensgemeinschaften das Privileg, mit Hilfe staatlicher Behörden Gelder einzuziehen zu können. Mag dieses Prinzip im Ansatz noch Sinn ergeben haben, als Deutschland ein Staat war, in dem es außer dem christlichen Glauben kaum Alternativen gab, ist dieses Prinzip heute aufgrund einer stärker werdenden Pluralität der religiösen Gesellschaft zu hinterfragen. Heute leben etwa vier Millionen Menschen islamischen Glaubens in Deutschland. Sie haben den Nachteil, dass ihre Glaubensgemeinschaften nicht über den Weg der Behörden Gelder einzuziehen können. Ebenso

ergeht es den vielen anderen Glaubensgemeinschaften, die von einer Minderheit vertreten werden.

Wir finden es auch ungerecht, dass diese Steuer nur von einem Teil der Bevölkerung entrichtet werden muss. Das Besondere an der Kirchensteuer ist, dass sie zwar der Staat einzieht, diese Steuer jedoch nur Mitglieder einer christlichen Gemeinde entrichten müssen. Die meisten Menschen haben aber nicht aufgrund ihres Glaubens selbstständig beschlossen, Mitglied einer Kirchengemeinde zu werden. In der Regel wird die Taufe im Kindesalter durchgeführt.

Wir sehen darin keine Gerechtigkeit. Einerseits wird nicht die Trennung zwischen Staat und Kirche eingehalten, andererseits werden einige Glaubensgemeinschaften privilegiert behandelt, andere benachteiligt.

Wir würden uns freuen, wenn Gesellschaft und Politik für eine freiere und solidarischere Gemeinschaft Alternativen zu dem bisherigen ungerechten Modell der Kirchensteuer entwickeln könnten.

#### **4. Religion in Schulen**

Unser Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler zu freien und mündigen Menschen zu erziehen. Aufgabe der Schulen soll es sein, Kompetenzen zu vermitteln, dass man nach der Schulzeit in der Lage ist, die Welt kritisch und reflektiert zu betrachten. Dazu gehört ebenfalls, dass den Schülerinnen und Schülern nicht der Inhalt einiger Religionen als unantastbare Wahrheit vermittelt wird, sondern Religionen aus einer sozialkritischen, historischen und vergleichenden Sicht von dazu ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern vermittelt wird. Das wäre entweder in einem Fach Werte und Normen oder Politik möglich.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bevorzugen nicht nur die Förderung zu einem kritischen Weltbild, sondern sprechen uns auch entschieden gegen Selektion im Bildungssystem aus. Bei Religion wird oft vernachlässigt, dass Schülerinnen und Schüler schon oft aufgrund ihrer Glaubenszugehörigkeit (Herkunft) selektiert werden.

Um die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu gewährleisten, sind wir gegen Religion als verpflichtendes Schulfach. Es fordert nicht nur von jungen Schülerinnen und

Schülern sich entweder für eine Religion oder „Werte und Normen“ zu entscheiden und sich damit von Freundinnen und Freunden für ein Fach zu trennen, es steht auch im Kontrast zu wissenschaftlich-kritischem Schulfächern. Es ist auch diskriminierend, da zwar christliche Religion und zunehmend auch vereinzelt Islam angeboten werden, aber nicht andere Religionen. Schulen sollten aber neutrale Gebilde sein und nicht ein Scharnier zwischen einigen privilegierten Religionsgemeinschaften und den SchülerInnen.

Wir sehen Religionsunterricht als Resultat klerikaler Zeiten, um durch Religion Herrschaft zu erhalten, das Volk milde zu stimmen und Disziplin zu erreichen. Mittlerweile haben sich die Zeiten geändert. In Zeiten ohnehin schon straffer Lehrpläne ist das Fach Religion überflüssig geworden. Wir würden es begrüßen, wenn Schulen ihrer Aufgabe als Bildungseinrichtung ohne Diskriminierung nachkommen würden und Religion, wenn, als freiwillige AG anbieten würden.

## **5. Fazit**

Wir sprechen uns eindeutig gegen Verbote aus. Uns ist auch bewusst, dass viele unserer Ansätze einer Minderheitsmeinung innerhalb der Gesellschaft entsprechen und auch viele der Ungerechtigkeiten durch das Grundgesetz legitimiert werden. Uns ist bewusst, dass es kein einfacher Weg wird und wir kurzfristig nichts erreichen können. Wir wollen mit dieser Resolution vordergründig einen Gedankenreiz liefern und Menschen überzeugen die bestehenden religiösen Verhältnisse zu hinterfragen.